



Die evangelische Kirche in Espelkamp in Nordrhein-Westfalen

Nur für die Selbstvergewisserung

Die Kirchen starten Sanktionen gegen Amtsträger, die für die AfD aktiv sind. Aber die beabsichtigte Außenwirkung hat die Distanzierung kaum

Die Beschlüsse sind gefasst. Nun geht es an die Umsetzung. Nachdem die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland (EKM) Ende Februar „die Positionen extremer Parteien wie der AfD“ für „nicht vereinbar mit christlichen Werten und mit der Verfassung unserer Kirche“ erklärt hatte, entzog der EKM-Kirchenkreis Egeln in Sachsen-Anhalt am 15. März dem Pfarrer Martin Michaelis die Verantwortung für den Pfarrbereich Gatersleben. Michaelis hatte am 9. März der Kirche mitgeteilt, dass er bei der Stadtratswahl in Quedlinburg als Parteiloser für die AfD kandidieren werde.

VON MATTHIAS KAMANN

Ähnlich bei den Katholiken: Am 22. Februar beschloss die Deutsche Bischofskonferenz einstimmig, dass „völkischer Nationalismus mit dem christlichen Gottes- und Menschenbild unvereinbar“ sei, und nannte dabei die AfD, in der „eine völkisch-nationalistische Gesinnung“ dominiere. Anfang März wandte sich laut Saarländischem Rundfunk die Pfarrei Sankt Marien in Neunkirchen ans zuständige Bistum Trier mit der Forderung, den AfD-Landtagsabgeordneten Christoph Schaufert vom Amt als Kirchenratsmitglied in der Gemeinde auszuschließen.

Solche Vorgänge sind für die Kirchen heikel. Einerseits provozieren sie Vorwürfe, eine demokratisch gewählte Partei rigide auszugrenzen, deren Positionen manche Kirchenmitglieder teilen dürften. Andererseits müssen Kirchen nun einmal ihre eigenen Beschlüsse umsetzen. Zwar sagte Pfarrer Michaelis, der schon im Dezember 2021 in Sonneberg bei einer damals unzulässigen Demonstration gegen die Corona-Schutzmaßnahmen als Redner aufgetreten war, nun der Nachrichtenagentur dpa, dass der Entzug seines Pfarrbereichs außerhalb des Rechts stehe. Im Saar-

land bezeichnete der AfD-Abgeordnete Schaufert das Vorgehen der Neunkirchener Pfarrei als Unverschämtheit.

Doch haben Religionsgemeinschaften selbstverständlich das Recht, bei ihren Amts- und Funktionsträgern Verstöße gegen das zu sanktionieren, was beschlussbefugte Gremien als konstitutiv für die Glaubenslehre erachten. Der Rest ist Dienstrecht: In der EKM bleibt Michaelis vorerst weiter Pfarrer und hat jetzt aber die Zuständigkeit für den Gaterslebener Pfarrbereich verloren, mit dem ihn die Landeskirche im November 2023 betraut hatte. Das Kirchenamt will Gespräche mit ihm führen. Und im Neunkirchener Fall, den derzeit das Bistum Trier prüft, ist noch gar keine Entscheidung gefallen.

Indes scheint es, als gehe es bei jenen kirchlichen Beschlüssen um mehr als nur um Regeln für den Umgang mit den bisher sehr wenigen Fällen von Rechtsradikalismus in den eigenen Reihen. Vielmehr lässt schon die Vielzahl der Erklärungen darauf schließen, dass sie auch einem bloßen Bekundungsbedürfnis geschuldet sind. Gibt es doch neben den genannten Beschlüssen unter anderem noch dies: Von der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) eine Unvereinbarkeitserklärung gegenüber der AfD vom November 2023; von den Direktoren der evangelischen Akademien in Ostdeutschland ein gemeinsames Dokument, wonach es sich „von selbst verbietet, AfD-Funktionärinnen und -Funktionären eine Bühne zu geben“; von Bischofskonferenz, EKD, Caritas und Diakonie die Beteiligung am Bündnis „Zusammen für De-

mokratie“, laut dessen Aufruf „extreme Rechte wie die AfD Grundfesten unserer Gesellschaft zerstören“ wollen.

Zwar wird bei all dem stets die Bereitschaft zum individuellen Gespräch mit AfD-Anhängern bekundet. Aber Außenwirkung haben jene Erklärungen kaum, sagt ein evangelischer Theologe, der in Thüringen seit Jahren die kritische Auseinandersetzung mit der AfD praktiziert: Frank Hiddemann, 63, Pfarrer in Gera-Frankenthal und Leiter der Ökumenischen Akademie Gera Altenburg. „Die Abgrenzungen der Kirchenleitungen beider Konfessionen von der AfD sind faktisch Selbstvergewisserungen, die innerkirchliche Bedürfnisse befriedigen. Sie bieten kein Konzept für eine Kommunikation nach außen und werden von denjenigen Rechten, die sich noch für Kirchliches interessieren, entweder ignoriert oder als Bestätigung des Klischees von einer angeblich linksgrünen Kirche verbucht.“

Nach Ansicht von Hiddemann, der Veranstaltungsformate für nüchterne Diskussionen auch mit AfD-Vertretern entwickelte und des Öfteren politische Debatten in der Region moderiert, machen sich die Kirchen mit jenen Verlautbarungen etwas vor: „Intern erwecken jene Positionierungen die Illusion, dass Linksliberale noch die kulturelle Hegemonie hätten und die Rechten schachtmatt setzen würden, wenn sie nicht mit ihnen reden. Aber hier in Thüringen haben zumal auf dem Land längst die Rechten die kulturelle Hegemonie erungen.“

Diese Hegemonie sehe in der kirchlichen Praxis vor Ort beispielsweise so

aus, dass in der Gemeinde gefordert werde, Sternsinger dürften nicht für Kinder in Entwicklungsländern sammeln, sondern müssten um Spenden für eigene dörfliche Zwecke bitten. „Und da muss ich dann als Pfarrer darlegen, dass so eine Spendenaktion für die eigenen Bedürfnisse nicht mit dem theologischen Sinn des Sternsingens zu vereinbaren ist.“ Aber genau um solche Klarstellung gehe es: „Wir müssen gegenüber einer längst etablierten rechten Hegemonie in den sachlichen Streit gehen, in die argumentative Auseinandersetzung“, sagt Hiddemann, und die sei „als solche ein politischer Kampf“.

Er zählt nicht zu jenen, die politische Enthaltensamkeit verlangen. Vielmehr sucht Hiddemann die engagierte Diskussion. Die könne Erfolg haben, wenn argumentiert wird: „Tatsächlich schwach wird der Rechtspopulismus, wenn unabhängig von ‚links‘ und ‚rechts‘ ein dritter Ort geschaffen wird, an dem allein Argumente und sachliche Erwägungen zählen, sodass kein Platz für die AfD-Masche ist, die scheinbare Unlösbarkeit von Problemen als Anlass für fundamentalistische Erregungen zu nutzen.“ AfD-Propagandisten falle wenig ein, wenn sachliches Argumentieren verlangt und durchgesetzt werde.

Zwar sei es „riskant und anstrengend“, solche Auseinandersetzungen zu suchen, und die Formate, von Gesprächsveranstaltungen bis zu Ausstellungen, müssten zum jeweiligen Ort passen. Aber bei kirchlichen Mitarbeitern könne die Bereitschaft zu solchem Risiko ein Gefühl der Lähmung überwinden. „Nach meiner Erfahrung gerade in der Fortbildung von Vikaren oder Gemeindemitarbeitern hat es etwas sehr Ermutigendes und Inspirierendes, sich solche Formate überhaupt zu überlegen und dabei auch selbstbewusst zu werden, statt sich auf Kontakte zur schwindenden Zahl der Nicht-Rechten zu beschränken und ängstlich die Gespräche mit allen anderen zu meiden.“